

Newsletter KdK – Standpunkt der Kantone 4/2019: Fokusbeitrag

Schlussbericht «Digitale Verwaltung»: Die digitale Transformation zum Erfolg machen

New Governance für die digitale Transformation: Der Schlussbericht «Digitale Verwaltung: Projekt zur Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination» präsentiert Ansätze für eine wirksame institutionelle Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich der Digitalisierung.

Die Schweiz steht weltweit für Hightech und Innovation. Im digitalen Wettbewerb jedoch belegt sie im internationalen Vergleich noch keinen Spitzenplatz. Zwar laufen in den rund 2200 Gemeinden, 26 Kantonen und 7 Departementen des Bundes viele ambitionierte Digitalisierungsprojekte. Bisher führen die Anstrengungen aber nicht zu den Resultaten, die nötig wären, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz in den Bereichen Digitalisierung und E-Government nachhaltig zu verbessern. Das wirkt sich auch auf den Standort Schweiz aus, der jüngst unter Druck geraten ist. Umso wichtiger ist es, die Steuerung der Digitalisierung auf institutioneller Ebene zu optimieren. Mit diesem Ziel haben Bund und Kantone gemeinsam den Schlussbericht «Digitale Verwaltung. Projekt zur Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination» erarbeitet.

Mehr Wirkung durch bessere Steuerung

Die Arbeiten am Schlussbericht haben gezeigt, dass die digitale Transformation eine New Governance braucht. Der Schlussbericht schlägt dazu ein stufenweises Vorgehen in drei Entwicklungsschritten vor: Im ersten Schritt soll der Status quo in eine neue politische Plattform überführt werden. Im zweiten Schritt wird diese Plattform mit eingeschränkten Entscheidungskompetenzen ausgestattet. Die letzte Etappe schliesslich sieht eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Behörde vor. Von Anfang an sollen dabei die bereits bestehenden Ressourcen neu gebündelt und so wirksamer eingesetzt werden. Zwischen den einzelnen Etappen sind Evaluationen vorgesehen. So können die Erkenntnisse aus einzelnen Umsetzungsschritten jeweils in die nächste Umsetzungsetappe einbezogen werden.

Föderale Antwort auf die digitalen Herausforderungen

In der föderalen Schweiz kann es nicht Ziel sein, zentralistische Lösungen durchzusetzen. Vielmehr soll eine gemeinsame digitale Infrastruktur entstehen, die Bund, Kantonen und Gemeinden als Basis ihrer Digitalisierungsprojekte dient. Soll die digitale Transformation zum Erfolg werden, braucht es deshalb eine gut funktionierende Kooperation bei Querschnittsthemen. Darunter fallen etwa die Planung und Koordination von Rechtsetzungsvorhaben, die Regelung des elektronischen Datenaustauschs zwischen Behörden, die Festlegung verbindlicher Standards bei der Datensicherheit, der Aufbau nationaler Basisdienste wie die elektronische Identität (eID) oder die Innovationsförderung.

Weiteres Vorgehen

Aktuell ist der Schlussbericht bei Bund, Kantonen und Gemeinden in der Konsultation. Gestützt auf die Rückmeldungen entscheiden Bund und Kantone im Frühling 2020 über das weitere Vorgehen. Geplant ist, bis Ende 2021 die politische Plattform zu konstituieren, die die heutige Zusammenarbeit im Rahmen von E-Government Schweiz ablöst (Entwicklungsschritt 1).